GLASUL MINORITĂȚILOR
LA VOIX DES MINORITÉS
DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL / ANNÉE / JAHRGANG V. — IUNIE / JUIN / JUNI 1927. — NUMĂRUL / NUMÉRO / NUMMER 6

Der mangelhafte Minderheitenschutz.

von : **Senator Anton von Lukaszewicz.**

Die herrschende Auffassung von der Souverainität der Staaten lehnte bis zum Weltkriege völkerrechtliche Bindungen hinsichtlich nationaler Minderheiten als Einmischung in innere Angelegenheiten ab. Der Krieg war schliesslich das Ergebnis dieser Überspannung des Souverainitätsgrundsatzes einerseits, und des Nationalitätenprinzips andererseits. Das von den Alliirten im Laufe des Weltkrieges hingeworfene Schlagwort von der „Befreiung der unterdrückten Nationen" und das Wilsonische Programm des Selbstbestimmungsrechtes der Völker wurde bei den Waffenstillstandsverhandlungen von beiden kriegführenden Parteien als Rechtsgrundlage des abzuschliessenden Friedens angenommen.

Nachdem die Neuordnung Europas nach den Friedensverträgen auch in den Augen ihrer Schöpfer weit entfernt von einer reinlichen Aufteilung nach den Nationalitäten blieb, haben die Hauptmächte sowohl den besiegten Ländern, wie auch ihren kleinen Verbündeten im Osten Europas einheitliche Bestimmungen zum Schutze dieser einverleibten nationalen Minderheiten auferlegt.

Leider sind in allen diesen Minderheitsschutzverträgen die Wilson'schen Grundsätze durch Kautschukbestimmungen, wie „angemessene Erleichterungen" entwertet worden, und die Minoritäten, mangels wirklicher Schutzbestimmungen mehr denn je, ganz den herrschenden Nationen preisgegeben worden.

Der Völkerbund, unter Anderem dazu bestimmt, der Anwalt

der, fast in jedem europäischen Staate lebenden Minoritäten zu sein, behandelt die Minoritätenfrage sehr vorsichtig, weshalb das Minoritätenproblem noch in seiner ganzen und grossen Schwere offen steht und der Lösung wartet.

In den westeuropäischen Staaten, in denen die Demokratie im wahren Sinne des Wortes dominiert, und wo das Rechtsempfinden und Rechtsbewusstsein mehr verankert ist, gährt das Minoritätenproblem, wenn auch in schneckenartigem Tempo, so doch einer seriösen Behandlung entgegen. In Ost-Europa und in den Balkanstaaten, woselbst es noch weit entfernt ist von der wahren Demokratie, ist nicht einmal der Beginn zu einer ernsten Lösung der Minoritätenfrage gemacht worden.

In Osteuropa und in den Balkanländern wird die, von jeder seriösen Seite der Minderheiten gemachte Anregung auf gerechte Lösung des Minoritätenproblems als ein Verstoss gegen die Staatlichkeit des betreffenden Landes respektive Staates ausgesagt und den von den allerbesten Intentionen geleiteten Vertretern dieser Richtung Apatriotismus und dergleichen zum Vorwurfe gemacht.

Damit, sowie in Folge der Hinwegsehung über die übernommenen Verpflichtungen zur Einhaltung der Minderheitsschutzbestimmungen, verlieren die gemässigten Elemente der Minoritäten und deren Führer, — da die Fruchtlosigkeit ihrer Tätigkeit in Folge des Widerstandes der beteiligten Regierungen der in Betracht kommenden Länder klar vor Augen liegt, — den Boden unter den Füssen bei ihren Connationalen, und es tritt das Gegenteil davon ein, was die einzelnen Regierungen anstrebten. An Stelle der gemässigten Elemente treten radikale, die, wie die Bezeichnung sagt, auch in ihren Forderungen radikaler sind und die, die im Interesse der Consolidierung Europas so notwendige Eintracht erschweren. Den Hauptgewinn ziehen jedenfalls die Anarchisten und ähnliche Elemente, die die Unzufriedenheit der Bevölkerung aufpeitschen und vom Ziele der so wünschenswerten Verständigung entfernen. Nur eine wirklich gerechte Behandlung der Minoritäten, eine Berücksichtigung der kulturellen und wirtschaftlichen Fragen der Minoritäten, kann die Lösung des Minoritätenproblemes fördern und damit zur Festigung des von der Bevölkerung so heiss ersehnten Friedens beitragen. Jeder Versuch, den Bestand der in einem Staate lebenden Minorität zu negieren, ist fruchtlos. Die darauf hinzie-

lende Arbeit der einzelnen Staatswesen erzeugt gerade das Gegenteil des beabsichtigten Zweckes. Jeder Druck erzeugt Gegendruck. Die Zeiten, wo man mit Gewaltmassnahmen ein Volk oder Splitter desselben vernichten konnte, sind längst vorüber. Die lebendige Kraft eines Volksstammes ist stärker als alle Gewaltmassnahmen, mit Druck kann man keine Liebe erzeugen. Die Geschichte weist hunderte von Beispiele auf, die die Fruchtlosigkeit der gewaltsamen Entnationalisierungsmassnahmen bestätigen.

Ganz zwecklos sind die Entnationalisierungsmassregeln einem grossen Volke gegenüber, wie es die Ukrainer sind. Vierzig Millionen Ukrainer, wenn sie auch in verschiedenen Staatsgebieten wohnen, kann keine Macht der Welt entnationalisieren. Dies haben auch die Bolschewiken eingesehen und gaben den Ukrainern in der zu Sowjetrussland gehörigen Ukraine die vollste Autonomie.

Selbst die Polen strengen sich ernstlich an, ihren 7 Millionen Ukrainern Gerechtigkeit angedeihen zu lassen. Auch in Rumänien wird und muss der Gedanke einer menschlichen Behandlung der Ukrainer und der Respektierung der sprachlichen Rechte der Minoritäten durchbrechen. Leider ist der Kreis derjenigen, die dies anerkennen, noch ein sehr geringer. Die Zeit, die der beste Regulator ist, spricht für die Ukrainer und werden dieselben mit der Zeit auch in Rumänien die Respektierung ihrer Rechte bekommen müssen. Keine Macht der Welt, kein Staat hat das Recht, wie es jetzt in Rumänien bei der Volkszählung in Bezug auf die Ukrainer gemacht wurde, die Nationalität eines Individuums, die Nationalität einer Volksgemeinschaft zu bestimmen.

Es ist Sache eines jeden Einzelnen, Sache einer jeden Volksgruppe, seine Volkszugehörigkeit, seine etnische Abstammung zu bestimmen. Die diesbezüglichen, in der ganzen civilisierten Welt geltenden Bestimmungen können in Rumänien keine Ausnahme finden. Auch Rumänien kann sich den allgemein geltenden Grundsachen, die in Bezug auf die Volkszählung angewendet wurden, nicht entziehen. In keinem Staate der ganzen weiten Welt bestimmen die Gendarmen und die Volkszählungsorgane die Volkszugehörigkeit eines Volkes. Das in die Volksmassen geworfene und von ihnen angenommene Schlagwort der Selbstbestimmung kann nicht mehr abgeändert werden.

Alle Versuche die Ukrainer Rumäniens als ukrainisierte Rumänen hinzustellen, sind vergebens. Wir Ukrainer Rumäniens fühlen uns stark genug, alle Entnationalisierungsbestrebungen zu parieren. Haben doch die Ukrainer am besten ihre Lebenskraft in dem ungleich schwereren Kampfe gegen die Russen bewiesen. Jenes Russland, das überhaupt den Bestand der 30 Millionen Ukrainer in der Ukraine negierte, die Ukrainer für eine Abart der Russen erklärte, anerkennt heute die Ukrainer und musste unter dem Drange der Zeit eine Autonomie den in ihrem Gebiete wohnenden 30 Millionen Ukrainern geben.

Auch die Polen wollten die Ukrainer nicht als selbständige Nation anerkennen, berufen sich vielmehr darauf, dass die Ukrainer der Nationalität nach Polen, der Geburt nach Ruthenen sind (nationa polona gente ruteni). Um die Ukrainer zu drangsalieren, erfanden die Polen für die Ukrainer die Bezeichnung Kleinrussen, Alt-Ruthenen, Jung-Ruthenen, Hutzulen etc. Alle Drangsalierungen und Verfolgungen halfen nichts. Heute, wo die Polen die Fruchtlosigkeit ihrer jahrhundertlangen Verfolgungen einsehen, geben sie den Bestand einer 7 Millionen umfassenden ukrainischen Minorität in ihrem Staate zu und gehen ernstlich daran, die kulturellen Forderungen der Ukrainer in Polen zu befriedigen.

Auch Rumänien, welches mit der jetzt im Zuge befindlichen unrichtigen Volkszählung den Nachweis des Nichtbestandes des ukrainischen (ruthenischen) Volkes in Rumänien erbringen will, wird den Weg, den die Russen und Polen bezüglich der Ukrainer betreten haben, gehen müssen, weil das Nationalbewusstsein im ukrainischen Sprachgebiete gerade wegen der Drangsalierungen nie so gross war, wie jetzt.

Wir Ukrainer in Rumänien gehen den Leidensweg der deutschen Südtiroler in Italien.

Ebenso wie in Italien das kulturelle und wirtschaftliche Leben der Deutschen in Südtirol unterbunden wurde und die dortigen Deutschen staatlicherseits de origine zu Italienern erklärt wurden, werden in Rumänien nach der gleichen Methode die Ukrainer behandelt.

Alle, selbst die schärfsten Massnahmen gegen ein andersprachiges Volk sind jedoch vergebens, da der Nationalismus, der im Weltkriege die grösste Nahrung erhielt, vorherrschend ist und die einmal in die Welt geworfene Minderheitsschutzbe-

stimmungen, wenn auch langsam und im schweren Kampfe sich werden durchsetzen müssen.

Es kann keine, selbst die ungerechtest durchgeführte Volkszählung den sprachlichen und etnischen Unterschied der Völker auslöschen. Jeder, der offene Augen hat und sehen will, wird den Unterschied erkennen müssen. Auch wird der Völkerbund gezwungen sein, sich mit der Frage der Minoritäten und mit deren Schutze ernstlich zu beschäftigen.

Die in Genf alljährlich tagenden Minoritätenkongresse, die auf loyaler Basis der Staatszugehörigkeit aufgebaut sind, müssen mit der Zeit ihre Forderungen durchsetzen, weil sie gerecht sind und sich die Welt und kein Staat für die Dauer gerechten Forderungen verschliessen kann.

Wir Ukrainer sehen daher frohen Mutes unserer Zukunft entgegen, wohl wissend, dass die Zeit und die fortschreitende Demokratie, ebenso wie für die anderen unterdrückten Völker, auch für uns arbeitet.

Condiţiunile împăcărei sufletelor.

De: **Veridicus.**

E bolnav sufletul omului de astăzi, boala retragerei şi a urei: aceasta este o astfel de constatare, care cu greu va afla contrazicere din vr'o parte. Se înţelege, e vorba numai de sufletul colectiv al omului, pentrucă vor fi singuratici în număr mare, cari s'au ştiut apăra de pustiirea molipsitoare a acestei boale; e evident, dacă ne gândim la acele organizaţii internaţionale, ca de exemplu Societatea Naţiunilor, Uniunea Ligelor Popoarelor, International Law Society, Congresele Paneuropei, Congresele Minorităţilor Naţionale etc., a căror membrii duc o luptă continuă contra oricărui fel de ură, ba mergând şi mai departe, îndeplinesc o muncă creatoare pozitivă pentru înfăptuirea iubirei şi păcii între oameni şi popoare, în contactul dintre unul şi altul. Dar fiindcă, durere, sunt încă mulţi, cari nu sunt degajaţi de preocupări naţionaliste, religioase şi sociale, deci de astfel de simţăminte, cari în cazuri date se prefac uşor în ură; ba mai sunt în număr abundent şi de aceia, cari sunt purtătorii de

cuvânt şi părtaşii celei mai desfrânate agitaţii contra rassei, religiei şi clasei, — e necesar deci să ne ocupăm cât mai mult cu chestiunea, cum s'ar putea vindeca marea boală a sufletului omenesc, pustiind germenele urei din inima omului, mai ales din inimile acelora, pe cari porunca istoriei i-a constrâns — ca membrii ai diferitelor naţiuni şi confesiuni, ca moştenitori divergenţi ai tradiţiilor şi culturilor, — să trăiască laolaltă în cuprinsul aceluiaş Stat. Să încercăm deci a constata principiile, cari au influinţă hotărîtoare asupra popoarelor majoritare şi minoritare şi cari şi în praxă ar asigura traiul comun paşnic, în Stat şi în societate.

Să constatăm, deci, înainte de toate, că ura e un rudiment străvechiu al omului, care se află asemenea şi în lumea animalelor, şi al cărui fundament nu e altceva, *decât forma diferită a unui om sau grup de oameni faţă de ceilalţi.* Omul primitiv şi astăzi urăşte instinctiv pe deaproapele său, chiar dacă acesta nici nu l-ar fi atacat; chiar dacă nici nu l-ar fi văzut până acum, ci numai pentrucă acela e altfel, decât el; pentrucă alta e prezenţa externă, altul e portul şi purtarea, alta e situaţia socială, alta e limba, alta e confesiunea, ori alta e naţionalitatea. Omul, care stă pe o treaptă culturală mai mică sau mai mare, chiar şi dacă ar putea înfrânge în sine această simţire cu putere elementară, cel puţin prin simţămintele naturale pasive, se poartă cu neîncredere şi suspiţionare, cu dispreţ şi desconsiderare faţă de deaproapele său, care e altcum, decât el. Să amintim numai poporul grec, cu o cultură înaltă, care numia barbar, sau gângav pe fiecare străin, care vorbia într'o limbă, ce n'o înţelegea. Dar cu ce a păcătuit acel străin faţă de dânsul? Numai cu atâta, fiindcă a fost altfel decât el, însă şi prin acest fapt, independent de voinţa sa proprie, îşi atrăgea contra sa ironia şi dispreţul, ce se reoglinda în acea denumire. Firește, nici străinul n'a rămas dator cu acelaş simţământ — căci în fine şi el a fost om — şi din dispreţul reciproc, s'a format repede şi uşor ura reciprocă, încă înainte de a se ivi între dânşii vre-o divergenţă de interese. Dupăce prin contactul mai des, în mod natural s'a produs şi divergenţa de interese, focul urei imediat a isbucnit în flacări; din simţămintele răutăcioase s'au ivit acţiuni şi mai răutăcioase; a isbucnit, dacă a fost vorba de singuratici, războirea; dacă era vorba de popoare, războiul, care dintre toate dezastrele, e cel mai mare dezastru pentru omenire.

Astăzi deja, prin perfecţionarea în măsură de necrezut a mijloacelor de comunicaţie şi circulaţie, în multe privinţe s'au nivelat deosebirile dintre oameni şi popoare şi totuş cu durere trebue să vedem, că mai ales deosebirea de limbă, care poate a fost prima, ce a cauzat simţământul duşmănos dintre oameni, tot cu acelaş efect fatal funcţionează în suflete şi astăzi. Sunetele necunoscute şi cuvintele neînţelese, ca primă impresie şi astăzi produc în massa oamenilor, ironie dispreţuitoare, a cărei ecou nu poate fi altul, decât simţământul urei înverşunate. Căci doară ceeace un om singuratic timbrează cu ironie şi dispreţ, acelaş lucru e pentru celălalt comoara cea mai temută, şi valoarea cea mai scumpă: limba maternă, fără de care omul nici nu e om, căci fără de ea nu-şi poate pronunţa nici o gândire, ori simţire într'un mod demn omenesc; cel mult prin articulaţii sau gesturi animalice va arăta, că simte bucurie sau durere, că-i place sau displace ceva; căci fără de limba maternă îşi perde legăturile cu aceia, cari s'au născut într'o soarte comună, cu părinţii şi fraţii şi cu toţi, cari vorbesc aceeaş limbă, ca dânsul, cu întreaga sa naţiune. Dar dacă înstrăinarea silită faţă de limba mea maternă, din partea celor cu alte buze, se va transforma, din sferele pasive ale simţămintelor, în acţionarea unor fapte duşmănoase şi se va sili să suprime aceasta, ştergând cu ea deodată din amintirea mea comorile moştenite ale culturei mele milenare; toate acele măreţii şi frumseţi, pe cari geniile poporului meu le-au creat nu numai pentru naţiunea lor proprie, ci pentru îmbogăţirea tezaurului spiritual ale omenirei întregi, şi laolaltă cu amintirile trecutului se sileşte a nimici speranţele viitorului; tot ce geniile poporului meu au fixat ca viaţă şi muncă pentru naţiune pe seama nevăzutului şirag lung al generaţiilor următoare, — ce amărăciune incomparabilă îmi va stoarce în suflet astfel de încercări, chiar dacă m'aş sili să depărtez dela mine spiritul urei!

Nu, această amărăciune nu se poate înfrânge, ba mai mult, nici nu e permis, pentrucă atunci ar înceta orice rezistenţă contra încercărilor de desnaţionalizare, ceeace ar însemna nimicirea numeroaselor bunuri culturale şi morale, nu numai pentru o naţiune, ci pentru paguba enormă a întregei omeniri. In schimb, isvorul acestor fel de tendinţe de suprimare, după-cum am văzut, e necunoaşterea limbei şi a culturei respective. Ce e deci mai la îndemână, când voim să îndrumăm cele două

părți contrare la înțelegere reciprocă, decât faptul, *că să învețe limba și cultura fiecăruia*, pentrucă atunci vor cunoaște, că pe lângă toate trăsăturile individuale caracteristice, fiecare cultură câtă comoară omenească comună conține într'ânsa, care deopotrivă e potrivită să servească cu succes fericirea tuturora. Nu de geaba zice un vechiu proverb, că omul în câte limbi vorbește, atâția oameni valorează. Aceasta nu însemnează numai atât; cu cât mai multe limbi vorbește omul, cu atât mai ușor se poate plasa în viață, pentrucă e independent de frontierele țărilor și a deosebirilor de limbă. Afară de acest punct de vedere utilitar, proverbul acesta mai are și o adâncă relație morală: adecă limba e cheia, care deschide drumul către lumea sufletească a omului, deci în înțeles mai înalt luat, spre cunoașterea omului. Prin cunoașterea unei limbi, și în legătură cu aceasta se înțelege și cultura, deci și eu, așa zicând, mă transform într'un astfel de om, care păstrându-mi pe deplin cultura proprie, în care m'am născut, sunt părtaș totodată al unei astfel de culturi, care până acum mi-a fost străină, deci în urma naturei mele omenești străvechi, mi-e antipatică, chiar odioasă; în consecință mă îmbogățesc cu două comori omenești spirituale, pentrucă pricep sufletul celuilalt om, întocmai ca pe al meu. Prin aceasta devine deci, posibilă înainte de toate, în mine însumi, părăsirea și împăcarea acelui contrast natural, care există între mine și deaproapele meu, pe care l'am simțit străin, pentrucă nu i am cunoscut limba. Și dacă vre-odată voi unifica în mine însumi individualitatea mea și a deaproapelui meu, atunci va dispărea dela sine simțământul meu de ură față de străin, pentrucă atunci respectivul nici nu-mi mai este străin, căci doară acel străin a devenit intimul inimei mele, el și eu — amândoi suntem una. Deci îmi voi iubi, dupăcum nici n'aș putea face altcum, națiunea mea proprie, dar nu voi urî nici națiunea altora, și aceasta încă nu o pot face altcum, pentrucă acum și cealaltă cultură e o parte a individualității mele. Și acesta e adevăratul, idealul naționalism: să dovedesc o înțelegere nu numai față de individualitatea mea, ci și față de a altei națiuni, să-mi ador cultura proprie, și să o prețuesc și pe a altora, prin urmare să n'o disprețuesc sau să o urăsc.

Astfel am ajuns la condiția primă și cea mai importantă a împăcării sufletelor: trebue să învățăm limba fiecăruia și să cunoaștem cultura fiecăruia, pentrucă soarta ne-a hărăzit un trai

laolaltă, pe acelaş pământ, şi în hotarele aceluiaş Stat. Prin această colaborare rodnică, ni-se desfăşoară în faţă drumurile nevăzute ale culturei, pentrucă în atmosfera încrederei reciproce, ne cade bine a lucra mână în mână. Va deveni posibilă recunoaşterea, că astfel instruăm massele poporului la muncă înţelegătoare şi trai paşnic laolaltă, căci se înţelege, massele nu pot învăţa limba fiecăruia atât de uşor, ca membrii clasei intelectuale. Acum vom putea explica poporului, că limba diferită nu înseamnă totodată deosebire omenească, pentrucă limba e numai un mijloc de exprimare a gândirilor şi sentimentelor; un mijloc, care l-a creat înţelepciunea dumnezeească în diferite feluri, tocmai ca oricare capabilitate şi însuşire omenească, tocmai ca cugetările şi sentimentele însăşi. Şi una e o taină tot atât de sfântă şi inviolabilă a omului, ca şi cealaltă. Cui i-ar mai veni astăzi în minte, de exemplu, să afirme, că fiecare are dreptul să se amestece — chiar şi Statul -- în convingerea religioasă a omului? Nu e cea mai intimă relaţie a omului credinţa sa către Dumnezeu, care nu permite din partea nimănui nici un fel de amestec? Dar tot atât de puţin pot suferi amestecul referitor la limba, în care să vorbesc şi în ce cultură să-mi instruez copiii. Cea dintâiu e o însuşire tot atât de neînstrăinată a sufletului meu, ca şi cealaltă, şi nu se poate schimba şi apropria cu nici un preţ. Aceasta trebue să o explicăm oamenilor şi la strigătul sonor al cuvintelor dreptăţii, trebue să se dărâme zidurile cetăţii ierichonice ale intoleranţei religioase şi naţionale.

Că aceasta e posibil, ne învaţă istoria. Pentrucă n'a fost totdeauna un lucru firesc, ceeace a devenit cu timpul, şi ceeace numim toleranţă religioasă. Cândva tocmai deosebirea confesională a fost acea putere fatală, care — în contrazicere cu tot spiritul religios adevărat — a bătut icul între aceia, pe cari Dumnezeu i-a destinat să trăiască laolaltă în bunăînţelegere paşnică. Deja prin secolul al 17-lea încă a fost răspândită concepţia nenorocită, — că *într'o* ţară *un fel* de religie trebue să fie, — ceeace au exprimat astfel: cuius regio, eius religio. Această concepţie nenorocită a fost principiul conducător al războiului mondial din numitul secol, — al războiului de 30 ani, — care aproximativ a cauzat tot atâtea suferinţe Europei de atunci, precum a cauzat omenimei din zilele noastre, războiul mondial de 4 ani şi un sfert. Şi acest război a avut un motiv conducător similar, pe care l-am putea, după exemplul celui de sus, exprima

astfel: cuius regio, eius natio, — adică: *într'o* țară, trebue să fie *un fel* de națiune. Dar dupăcum Europa a trecut peste preocupările religioase, tot astfel trebue să treacă și peste preocupările naționaliste. Precum oamenii de diferite confesiuni pot lucra laolaltă în deplină înțelegere frățească, pentru înflorirea patriei lor comune, tot astfel pot lucra laolaltă, pentru acelaș scop, și cetățenii de diferite naționalități. Se înțelege însă, că prima condiție naturală a acestei posibilități este, să dăm, pentru munca edificatoare, ocaziune și libertate fiecăruia, fără deosebire, pe întreg terenul larg al activității omenești, pe toate liniile culturale și economice, chiar și în forul vieții publice, ca să devină vizibil acel adevăr, că trebue numai ales omul, pe care teren poate crea un lucru folositor spre binele tuturora, și nu luarea în considerare a religiei, limbei sau naționalității. Această concepție trebue să pătrundă legile țării: legile trebuesc construite astfel, ca prin acordarea celei mai largi libertăți, să se dea posibilitate desvoltării nețărmurite puterii morale, culturale și economice.

Dar aceasta încă nu e deajuns. S'ar putea adecă crede, că codurile legilor e icoana adevărată a spiritului public al unei țări: dacă legile oglindesc deplina toleranță religioasă și națională, într'adevăr acea țară trebue să fie pătrunsă de un spirit tolerant. Durere, aceasta nu e tocmai astfel, și într'asta consistă isvorul celor mai mari nevoi. Pentrucă înzadar strălucesc în paginile codurilor cele mai frumoase principii: dacă acele principii nu izvoresc din cugetarea poporului, legea rămâne numai o grație scrisă. Totul depinde dela felul, cum știu să aplice legile, cei ce sunt împuterniciți cu această aplicare. Organele executive însă au ieșit din copiii poporului, cari vor rezolva aplicarea acestor legi în spiritul poporului, din care au ieșit. Chiar și erorile legei proaste se pot calma în decursul executării, cu atât mai mult se poate eluda ori strica tocmai legile cele mai bune.

Ceeace voim să discutăm aici, e atât de important, încât e necesar să luminăm chestia prin un exemplu. Mai ales cu asprime isbitoare se arată contrastul între principii și înfăptuirea lor. Dacă vom trece cu vederea acele pretenții, pe cari le accentuiază minoritățile din Europa întreagă, putem declara, că Constituția patriei noastre, a României, e o astfel de alcătuire legislativă, la felul căreia ceva mai frumos și mai perfect, nici nu putem dori, pentrucă în această legislație e asigurată deplina

libertate a cetăţeanului şi egala împărtăşire la drepturi şi datorinţe, în toată privinţa vieţii individuale şi publice, lipsind din aceste legi orice restricţie, care ar împiedica, pe orice teren, fericirea oricăror ranguri de locuitori.

E asigurată, între altele, deplina libertate a învăţământului, va să zică fiecare se poate folosi la fel de instituţiile culturale ale ţării, ca să se poată pregăti cum se cade, pentru cariera vieţii şi lipseşte acea dispozitie restrictivă, — care schimonoseşte trecutul glorios de corpus juris al fostei noastre patrii Ungaria — numerus clausus, numită ruşine culturală. Faţă de acestea, care e trista realitate? Aceea, că în Universităţile din România zi de zi se împuţinează elevii aparţinători minorităţii evreeşti, deoarece — dupăcum vedem din ştirile ziarelor — în fiecare zi sunt aranjate prigoniri contra lor din partea tovarăşilor lor, aparţinători naţiunei române majoritare, cari bătându-i crunt, îi aruncă din şcolile superioare. Dar pentru aceasta nu e de vină tinerimea, uşor de sedus, pe care tot astfel am putea-o îndruma la purtare paşnică şi de camarad, ci sunt vinovaţi aceia, cari ar fi chemaţi să îndeplinească principiile umanitare şi juste ale legilor din Constituţie. Că aceasta nu o fac, ne arată faptul, că tocmai la membrii clasei intelectuale lipseşte acel spirit înţelegător, care e cel mai sigur credit şi condiţia cea mai neînlăturabilă pentru împăcarea sufletelor. Totalitatea poporului trebue ridicată deci, prin o muncă lămuritoare neîntreruptă, la acel grad de recunoaştere, ca să vadă: *că numai toleranţa reciprocă şi sentimentul omului-frate poate asigura bunăstarea, progresul şi înflorirea ţării.* Atunci cuvântul agitatorilor fără suflet şi al apostolilor urei, nu va mai afla rezonanţă nici în sufletul tinerimei.

Dar aici sunt interesele economice contrare, ca factor adevărat al spargerei păcii. Mijloacele de trai şi vieţuirea, sunt punctele de vedere, cari în ultima analiză îi pune pe oameni faţă în faţă. Da, e adevărat, îi pune pe oameni faţă în faţă şi cel mult chiar şi clasele sociale, însă nu naţiunile şi confesiunile. Concurenţa economică are înţeles, ba e chiar justificată în viaţa indivizilor şi a claselor, pentruca fiecare prin încordarea întregei puteri, să participe la producţie şi la muncă, servind astfel nu numai interesele proprii şi familiare, ci şi interesele vitale ale ţării. Dar n'are înţeles, ci e deadreptul păgubitoare concurenţa economică între naţiuni şi confesiuni, între naţiunea majoritară şi naţiunea minoritară, căci şi dacă i-ar succede uneia

să întreacă pe cealaltă, nu s'ar bucura mult timp de succesul acesta, pentrucă după legile vieţii economice, supragreutatea ajunsă de o parte, va produce pe partea cealaltă o astfel de reacţie, care va sgudui echilibrul economic al întregei ţări, şi prin aceasta se ruinează suprafaţa economică generală. Dar încă reacţia sentimentală, care isbucneşte din împărţirea neegală a avantajelor! Căci doară cunoaştem din istoria luptelor sociale pagubele, ce au isbucnit în urma tratamentului neegal al claselor sociale, aducând atâtea suferinţe asupra întregei societăţi omeneşti: răscoalele ţărăneşti, revoltele cetăţeneşti şi muncitoreşti şi mai nou răsturnările comuniste. Şi cunoaştem din istoria luptelor politice primejdiile, cari le-a cauzat năzuinţa nejustificată a singuraticelor state de-a ajunge la supragreutate economică: lungul şirag al războaielor sângeroase din Europa şi colonii, în definitiv au isbucnit numai în urma forţării reacţiei intereselor economice. Mai aceasta ar lipsi, ca şi între frontierele singuraticelor ţări să se producă, meşteşugit, astfel de lupte economice între diferitele grupuri de popoare: o astfel de tendinţă cu siguranţă va săpa ţării respective mormântul buneistări şi a liniştei.

Cine doreşte, deci, să servească sincer patria sa, ba chiar interesele adevărate ale naţiunei şi confesiunei sale, să se ferească a da ajutor la producerea astorfel de reacţii economice, între numitele grupuri, pentrucă prin aceasta tocmai acelei comunităţi îi va cauza cea mai mare pagubă, a cărei interese voieşte să le servească. Fiecare să se silească a se deplasa economiceşte în acea comunitate de interese, care în mod firesc e dată pe seama sa, în urma ocupaţiei şi a chemării vieţii sale: aici va afla scutul cel mai sigur al intereselor economice proprii, şi astfel va netezi în mod firesc reacţia ce s'ar ivi, prin care fapt serveşte totodată cât se poate de bine şi împăcarea generală a sufletelor. Pentrucă viaţa economică de fapt nu cunoaşte puncte de vedere nici naţionale, nici confesionale, ci numai puncte de vedere individuale şi profesionale şi acestea sunt supuse unui fel de legi, fără deosebire de naţionalitate sau confesiune. *In comunitatea intereselor economice, pot lucra laolaltă în pace membrii oricărei naţiuni sau confesiuni şi de aceea de fapt trebue să ne silim a înfiinţa astfel de comunităţi de interese cât se poate de multe:* şi aceasta e un mod al împăcării sufletelor, pentrucă şi aceasta dă ocazie la cunoaşterea mai

deaproape a fiecăruia, desfăcând reciproc acoperemântul întunecat al străinismului.

Recapitulând deci cele zise, dintr'o privire fugitivă încă putem constata, că pentru înfrângerea sentimentelor dușmănoase dintre grupurile de popoare, menite să trăiască laolaltă, sunt potrivite mai ales următoarele trei mijloace: *cunoașterea cât mai perfectă a limbei și culturei fiecăruia; înființarea comunităților de interese economice în număr cât mai mare, în mijlocul grupurilor de popoare și în sfârșit adăparea sufletului poporului cu toleranța religioasă și națională și cu ideile universale ale iubirei de oameni.* Această legătură întreită nu se bălțește nici odată. A toarce aceste fire întreite, e cea mai frumoasă misiune.

Welche Eingaben gelangten bisher zum Völkerbund bezüglich der ungarischen Minderheiten?

(Fortsetzung.)

18. Die Eingabe der siebenbürgischen ungarischen Kirchenfürsten.

Die siebenbürgischen ungarischen Kirchengemeinden als auch Vorsteher der römisch-katholischen, reformierten und unitarischen Kirchen (Graf Gustav Mailáth römisch-katholischer Bischof, Karl Nagy reformierter Bischof und Josef Ferencz unitarischer Bischof, die Curatoren der reformierten und unitarischen Kirchendiözesen und der Präsident des römisch-katholischen Status) überreichten am 6. Mai 1925 dem Generalsekretär des Völkerbundes eine Eingabe, worin sie nachweisen, dass der über den nicht öffentlichen Unterricht eingereichte rumänische Gesetzentwurf in mehreren Punkten den Bestimmungen des Minderheitsvertrages widerspricht und verlangen dagegen die Hilfe des Völkerbundes. Sie schlossen ihrer Eingabe den Text des fraglichen Gesetzentwurfes in französischer Übersetzung bei. Diese Eingabe wurde in Anbetracht der Dringlichkeit der

Frage, durch den Generalsekretär des Völkerbundes sofort den Mitgliedern des Völkerbundrates mitgeteilt, ohne die Antwort der rumänischen Regierung abzuwarten. (C. 299. 1925. I. v. 30. Mai 1925.)

Am 4. Juni 1925 richtete der Berner rumänische Gesandte Comnène, der der ständige Delegierte der rumänischen Regierung bei dem Völkerbunde ist, einen Brief an den Generalsekretär des Völkerbundes, welcher Brief als provisorische Antwort zu betrachten ist. In diesem Brief verwahrt er sich zunächst gegenüben dem Ton der Eingabe und weist nach, dass das rumänische Volk gegenüber anderen Konfessionen stets duldsam war und betont, dass der Text des der Eingabe beigeschlossenen Gesetzentwurfes kein endgültiger sei. Er schliesst seinen Brief auch den Motivenbericht des Gesetzentwurfes an, welcher sich ausführlich mit dem früheren ungarischen Unterrichtswesen und besonders mit dem Apponyi'schen Schulgesetz beschäftigt; ausserdem fügt er noch andere Dokumente bei.

Der Brief Comnène's (samt den Motivenbericht zum Gesetzentwurfe) und die kurzen Vorbemerkungen des Generalsekretärs wurden den Mitgliedern des Völkerbundrates bekanntgegeben. (C. 337. 1925 I. Genève, am 8. Juni 1925.)

De endgiltige Antwort der rumänischen Regierung überreichte ebenfalls der Berner Gesandte N. P. Comnène am 18. Juni 1925 (No. 1067) worin er die einzelnen Behauptungen der Eingabe nach der Reihe zu widerlegen versucht. Ausserdem versucht er mittels ausführlicher Daten nachzuweisen, dass die Lage der Minderheiten, insbesondere aber die der ungarischen Minderheit, in Rumänien eine glänzende ist, da sie heute mehr Schulen haben, als unter dem früheren Regime, weiterhin, dass die Minderheitskirchen eine jährliche Subvention von 50 Millionen Lei vom rumänischen Staate erhalten und betont letztens, dass die Unterzeichner der Eingabe nicht die Gefühle jenes Volkes repräsentieren können, dessen berufene Führer zu sein, sie von sich behaupten.

Diese Antwort, ohne den beigefügten Anhängen, versehen mit den kurzen Vorbemerkungen des Generalsekretärs, wurde in einer französischen Ausgabe vervielfältigt den Mitgliedern des Völkerbundrates mitgeteilt (26. Juni 1925 C. 379. I—41/44737/1481): „Protection des Minorités en Roumanie. Réponse du Gouvernement roumain à la pétition des Églises Réformée, Unitaire

et Catholique de Transylvanie au sujet du projet de loi roumain sur l'enseignement privé."

Im Namen der siebenbürgischen Minderheitskirchen überreichten dem Völkerbundrate am 15. September 1925 Prälat Domherr Dr. Andreas Balázs und der Klausenburger Universitätsprofessor a. D. Dr. Arthur Balogh, auf Weisung der siebenbürgischen römisch katholischen, reformierten und unitarischen Kirchen eine Nachtragsnote: „Mémoire supplémentaire à la petition adressée par les Représentants légaux des Eglises minoritaires hongroises catholique roumaine, réformée (calviniste) et unitaire en Transylvanie au Conseil de la Société des Nations au sujet du Projet de loi concernant l'enseignement privé. Genève 1925." (No. 8⁰ 103 Seiten). Die Eingabe ist datiert vom 12. August 1925 in Klausenburg und wurde von den drei Bischöfen der ungarischen Kirchen, von den Curatoren und vom Präsidenten des römisch-katholischen Status unterzeichnet. Die Eingabe behandelt in 3 Hauptteilen, mit einem reichen Tatsachenmaterial versehen, in klarer und tiefschürfender Logik die Frage: 1. Die Umstände, die die Eingabe vom 6. Mai und die jetzige Eingabe veranlassten. 2. Die Geschichte und rechtliche Stellung der Schulen; die Behandlung der Schulfrage nach dem Imperiumwechsel und seit dem Regime der Liberalenpartei. 3. Die eingehende Darstellung des Gesetzentwurfes zur Regelung des privaten Minderheitswesens im Lichte des Pariser Minderheitsvertrages, mit einem Anhang von 36 Tabellen.

Diese Eingabe wurde in Anbetracht dessen, dass auch die Originalausgabe als dringlich behandelt wurde, ohne Abwartung der Antwort der rumänischen Regierung, versehen mit den kurzen Vorbemerkungen des Generalsekretärs, den Mitgliedern des Völkerbundrates mitgeteilt (am 23. September 1925) C. 555. 1925 I. „Protection des Minorités en Roumanie. Mémoire supplémentaire à la pétition des Églises Réformée Unitaire et Catholique de Transylvanie au sujet du projet de loi roumain sur l'enseignement privé." Auf diese Nachtragseingabe antwortete im Namen der rumänischen Regierung der Berner rumänische Gesandte N. P. Comnène am 1. Dezember 1925 in einer sehr ausführlichen und mit reichem Material versehenen Note: „Protection des Minorités en Roumanie. Observation du Gouvernement Roumaine. C. 738. 1925 I. 41/48067/1481. Genève am 3. Dezember 1925. No. 8⁰ 163 Seiten.

19. Die Zuständigkeit der tschechoslovakischen Ungarn. Die ungarischen Abgeordneten des tschechoslovakischen Abgeordnetenhauses (Josef Szent-Iványi, Ludwig Körmendy-Ékes, Koloman Füssy, Johann Jablonicky, Eugen Lelley, Viktor Palkovich, Andreas Korláth) überreichten im April 1925, datiert in Prag, dem Völkerbundrate eine Eingabe („La question de la Nationalité sur la base de l'indigénat et la Minorité hongroise en Tchecoslovaquie, Genève Imprimerie Sonor, 1925, 34 Seiten), worin sie unter Hinweis auf den Unterschied bezüglich der Zuständigkeitsfrage zwischen den Bestimmungen des Trianoner Friedensvertrages und des Saint Germainer Minderheitsvertrages den Völkerbundrat ersuchen, er möge feststellen, nach welchem Vertrag die Staatsbürgerschaft tschechoslovakischer Einwohner und gewesener ungarischer Staatsbürger, deren Wohnort oder Zuständigkeit am Gebiete der tschechoslovakischen Regierung noch vor dem 1. Jänner 1910 herrührt, festzustellen sei. Auch für den Fall, dass nicht der § 3 des Saint-Germainer Vertrages, sondern der § 62 des Trianoner Vertrages in Anwendung kommen musste, wird festgestellt, dass das Vorgehen der tschechoslovakischen Regierung gegenüber alljenen gewesenen ungarischen Staatsbürgern, die im Sinne des § 62 des Trianoner Friedensvertrages als tschechoslovakische Staatsbürger zu betrachten sind, ungesetzlich und vertragswidrig ist.

Die Eingabe wurde zwecks Beantwortung der tschechoslovakischen Regierung ausgefolgt. Diese Eingabe wurde durch die tschechoslovakische Regierung am 2. Dezember 1925 ausführlich beantwortet: „Protection des Minorités en Tchecoslovaquie. Petition de quelques députés de race hongroise au Parlement tchecoslovaque au sujet de la question de la nationalité." C. 788. 1925 I. Genève, le 10 décembre 1925. No. 8° 21 Seiten.)

(Fortsetzung folgt.)

Europäische Pressestimmen

über die am 24. April 1927. vorgenommene rumänische Volkszählung.

Das Blatt **„Freiburger Nachrichten"** schreibt vom 2. Mai 1927 unter dem Titel: *Eine «Volkszählung» in Rumänien»* Folgendes: Am 24. April wurde in Rumänien eine „Volkszählung" durchgeführt, die einzig in der Geschichte der Volkszählungen dastehen wird, weil sie keine Rubrik über die Muttersprache enthält, sondern nach „völkischer Abstammung" frägt. Der Kommissär erhielt dabei das Recht, die Angaben über diese Abstammung mit Glossen zu versehen, falls er dies für nötig erachte. Solche Randbemerkungen werden dann im statistischen Amt „überprüft" und korrigiert, d. h. es wird nicht die jetzige Volksangehörigkeit verzeichnet, und das statistische Amt wird die völkische Abstammung selbst bestimmen. Da die Formulare nicht von den Einwohnern selbst, sondern von der Kommission in rumänischer Sprache ausgefüllt werden, hat der rumänisch nicht verstehende Gezählte nicht einmal die Möglichkeit zu kontrollieren, ob der Kommissär die Daten nach seiner Angabe einträgt oder nicht. Das Ziel dabei ist, im Ausland falsche Angaben über die Zahl der Minderheiten zu verbreiten.

„L'Oeuvre" schreibt vom 3. Mai 1927 unter dem Titel *Comment la Roumanie va faire son «recensement.»* La Roumanie est en train de préparer le recensement de sa population — le premier depuis la guerre. Il est destiné à fournir des données statistiques sur les forces nouvelles de la grande Roumanie. Aussi ce recensement se fera-t-il dans un cadre très étendu. Par cadre, on doit surtout entendre l'armée des commissaires qui seront chargés du recensement et qui ont reçu du gouvernement de Bucarest des instructions très précises et pour le moins curieuses. C'est ainsi que les bulletins de recensement seront rédigés uniquement en langue roumaine, langue qu'une grande partie de la population (les juifs, les Bulgares, les Hongrois, les Bessarabiens et autres nationalités de la grande Roumanie) ne comprend pas. Ainsi les commissaires pourront remplir les bulletins à leur gré et fournir à la statistique mondiale des documents que les intéressés ne seront jamais à même de démentir C'est ainsi, d'autre part, que les commissaires ne poseront pas

de questions concernant „la langue maternelle". Par contre, on posera des questions aux intéressés concernant „l'origine ethnique", question très vague que les commissaires pourront interpréter à leur gré et que les paysans hongrois ou bulgares ne pourront jamais contrôler. D'ailleurs, pour que l'on ne se méprenne pas sur la valeur de cette question, M. Bucsanu, sous-secrétaire d'Etat pour les minorités, s'est empressé de préciser que, pour statuer sur l'origine ethnique d'un sujet de la grande Roumanie, les autorités auront le droit de contrôler et de mettre en doute les déclarations qui seront faites à ce sujet. Ainsi, si un habitant de la Pruth ou de la Maros a la fantaisie de se déclarer d'origine bessarabienne ou hongroise, les commissaires auront le droit de mettre en doute la véracité de ces déclarations et de transformer l'origine ethnique en origine ethnique roumaine, par exemple. Le cas de juifs est encore plus intéressant. Il est convenu, en effet, que, si un juif se déclare roumain, il sera enregistré comme tel et augmentera ainsi le nombre des citoyens de la grande Roumanie. Par contre, si sa langue maternelle est la langue hongroise ou bulgare, il ne sera pas considéré comme membre de ces nationalités ethniques. Il sera compté comme juif, pour éviter d'augmenter le nombre des autres nationalités de la grande Roumanie.

C'est d'ailleurs le seul souci qui présidera à ce travail de recensement inattendu.

Das Blatt **„Vorwärts"** schreibt vom 10. Mai 1927 unter dem Titel *«Vorbereitung einer Riesenschiebung. Wie Gross-Romänien eine Bevölkerungszählung inszeniert»*. Rumänien bereitet jetzt — zum ersten Male seit dem Weltkriege — eine Zählung seiner Bevölkerung vor. Man stellt eine grosse Armee von Zählern auf und versieht sie von Bukarest aus mit genauen Instruktionen. Das Pariser „Oeuvre" weiss einige kennzeichnende Details über die Instruktionen mitzuteilen. Das kennzeichnendste ist wohl, dass die Fragebogen ausschliesslich in rumänischer Sprache aufgesetzt sind, die ein grosser Teil der Bevölkerung (Deutsche, Bulgaren, Ungarn, Bessarabier und andere Minderheiten Gross-Rumäniens) nicht, oder nur mangelhaft versteht. So werden also die Zähler die Fragebogen nach Belieben ausfüllen können und der Weltstatistik „Dokumente" liefern, die die interessierten Bevölkerungsteile nicht einmal imstande sein werden zu dementieren. So werden die Zähler fer-

ner nicht gezwungen sein, die Frage nach der „Muttersprache" der Bevölkerung zu stellen. Dafür wird man aber sie über ihre „nationale Abstammung" befragen, eine sehr dehnbare Frage, der die Regierungskommissäre eine beliebige Deutung geben werden, die die ungarischen oder bulgarischen Bauern niemals imstande sein werden zu kontrollieren. Den Wert dieser Rubrik über die „nationale Abstammung" kann man übrigens danach beurteilen, dass Herr Bucsanu, Unterstaatssekretär für die Minderheiten, ausdrücklich feststellt, dass im Interesse der Klarlegung der nationalen Abstammung eines Staatsangehörigen Gross-Rumäniens die Behörden das Recht haben werden, die ihnen über diese Fragen gemachten Erklärungen nachzuprüfen und sie sogar in Zweifel zu ziehen. Wird also ein Einwohner Bessarabiens sich herausnehmen, sich als Bessarabier zu deklarieren, oder ein am Maroschflusse Wohnender als Ungar, so werden die Regierungskommissäre das Recht haben, die Wahrheit dieser Auskünfte anzuzweifeln und die angegebene nationale Abstam mung z. B. in eine rumänische zu verwandeln. Noch interessanter ist das Verfahren mit den Juden. Erklärt sich ein Jude als Rumäne, so wird er ohne weiteres als solcher registriert und vermehrt also die Zahl der Rumänen Gross-Rumäniens. Ist aber seine Muttersprache ungarisch, bulgarisch usw., so wird er nicht als Mitglied einer dieser nationalen Gruppen gezählt. Er wird als Jude registriert, nur um nicht die Zahl der anderen Minoritäten Gross-Rumäniens zu vergrössern.

Letzteres ist übrigens, fügt die „Oeuvre" hinzu, denn auch die einzige Sorge, die diese Arbeit der Bevölkerungszählung beherrscht.

Die **„Rorschacher Zeitung"** schreibt vom 13 Mai 1927 unter dem Titel «*Rumänien. Journalisten vor dem Kriegsgericht.*» Folgendes: Die rumänische Zeitung „Cuvântul" greift die Regierung an, weil sie zwei Klausenburger Journalisten vor Kriegsgericht stellen liess. Die zwei Journalisten haben nämlich in Aufsätzen die Juden ungarischer Mutterschprache Rumäniens aufgefordert, bei der Volkszählung sich als Ungarn zu bekennen. „Cuvântul" führt aus, dass die Regierung sich lächerlich mache, wenn sie dafür Journalisten vors Kriegsgericht stelle und damit den Ruf Rumäniens beschädige. Die Volkszählung in Rumänien wird auch sonst in einer Weise durchgeführt, dass sie zur Posse geworden ist, da die Volkszählungskommissäre in

der Rubrik „völkische Abstammung" nicht die vom Volke angegebenen Daten eintragen, sondern zu Minderheiten gehörende Personen gegen ihren Willen als Rumänen bezeichnen. Ausserdem sind in verschiedenen Orten Minderheitspersonen mit Strafen bedroht worden, falls sie sich nicht als Rumänen bekennen.

Das Blatt **„Osteuropäische Korrespondenz"** schreibt vom 14 Mai 1927 unter dem Titel «*Volkszählung in Rumänien*»: Ganz unverhofft und ohne jede Vorbereitung wurde vom rumänischen Innenministerium kurz vor Ostern für den ersten orthodoxen Ostertag (24. April) die allgemeine Volkszählung angeordnet. Die Volszählung verfolgt den Zweck, „genau die Zahl der Einwohner und die Zusammensetzung der Bevölkerung im ganzen Reiche zu kennen", und wäre umso mehr zu begrüssen, da sie zum ersten Male nach dem Kriege vorgenommen werden sollte. Leider kann man bereits jetzt sagen, dass diese plötzlich verfügte Volkszählung keine richtige Widerspiegelung der nationalen Verhältnisse des Landes bieten wird und nur dazu bestimmt ist, die Zahl der Minderheiten zu fälschen. Sie wurde auf dem Lande und in den kleinen Städten überall von besonderen amtlichen Organen, ohne Kontrolle der Konskribierten vorgenommen, die ausserdem in den neuen Gebieten die ausschliesslich rumänisch verfassten Fragebogen nicht einmal verstehen konnten. Diese Kommissäre haben, wie man bereits aus Telegrammen an die Zentralbehörden und aus den Zeitungsberichten erfährt, überall zugunsten der herrschenden rumänischen Nation „gezählt". Ausserdem wurde von den Behörden absichtlich die Bezeichnung Muttersprache weggelassen und dafür die Rubrik „Ethnische Abstammung" eingeführt, um auf diese Weise, wie es der Unterstaatssekretär für Minderheiten, Bucsan, den Pressevertretern selbst erklärte, „die entnationalisierten Rumänen" wieder als Rumänen bezeichnen zu können. Seiner Erklärung nach werden die Behörden das Recht haben, alle Aussagen über diese ethnische Abstammung nachzuprüfen und nach Bedarf richtigzustellen. Dieser offizielle Standpunkt ist so bezeichnend, dass wir uns erlauben, ihn in gekürzter Form wiederzugeben:

„Bei uns wird die Staatsbürgerschaft", sagte der Unterstaatssekretär, „mit der Nationalität verwechselt; deshalb wurde statt Nationalität „origina etnică", d. h. ethnische Abstammung, gesetzt. Es wird also jeder genau angeben können, welchem

Volke er entstammt. Dies wurde vor allem deshalb verfügt, weil besonders in den angeschlossenen Gebieten Rumänen entnationalisiert wurden. So sind zum Beispiel in der Bukowina 200.000 Rumänen (?) ukrainisiert worden, trotzdem haben diese aber den rumänischen Charakter und Ursprung behalten. In Siebenbürgen wurden ebenfalls 40 bis 50 rumänische Gemeinden entnationalisiert. Diesen Elementen muss die Möglichkeit gegeben werden, durch Abstreifung alles durch die Fremdherrschaft aufgezwungenen, sich zu ihrem wahren Volkscharakter zu bekennen.

Ebenso verhält es sich auch mit zahlreichen Juden in Siebenbürgen oder in Bessarabien. Sie haben dort entweder die ungarische oder russische Zivilisation und Kultur angenommen und wurden als Ungarn oder Russen betrachtet. Jetzt werden sie die Möglichkeit haben, ihre tatsächliche Volkszugehörigkeit zu bekunden. Was jedoch die Juden im Altreich anbelangt, so sind sie teilweise vollkommen assimiliert.

Im allgemeinen kann jeder Bürger als Abstammung angeben, was er will, aber die Behörden werden überprüfen, ob die Angabe den Tatsachen entspricht oder nicht".

In welcher Weise die Behörden die Freiheit der Volkszählung verstehen, geht daraus hervor, dass die Zeitungen, die über einzelne Rubriken der Statistik, insbesondere über die „ethnische Abstammung" geschrieben haben, zur Verantwortung gezogen wurden. Die Redakteure der Zeitung „Ujság„ und „Ellenzék" in Kolozsvar wurden sogar vor das Kriegsgericht gestellt, da sie die Siebenbürger Juden aufforderten, als ethnische Abstammung die ungarische anzugeben. Privathilfe bei Ausfüllung von Bogen war ebenfalls streng verboten. Infolgedessen darf man sich über die Resultate nicht wundern. Bereits musste der Bukowinaer Abgeordnete Krakalia bei dem Ministerpräsidenten und dem Innenminister dagegen protestieren, dass in den ukrainischen Gebieten der Bukowina alle Ukrainer gegen ihren Willen als Rumänen eingetragen werden. Diese Proteste haben jedoch nicht viel genutzt. Die Missbräuche sind so unglaublich, dass auch das Ausland sofort merken wird, dass rumänische Volkszählung und Wahrheit nichts miteinander zu tun haben.

Das Blatt **„Baseler Nachrichten"** schreibt vom 14—15. Mai 1927 unter dem Titel «*Merkwürdigkeiten einer Volkszählung*» Folgendes: Die Redakteuren der Zeitung „Ellenzék" in

Klausenburg werden vor ein Kriegsgericht gestellt, weil sie die Juden ungarischer Sprache Siebenbürgens in einem Artikel aufforderten, sich bei der Volkszählung, die am 24. April stattfand, nicht als Juden, sondern als Ungarn zu bekennen. Es wurden auch alle Versammlungen oder Beratungen verboten, die in Zusammenhang mit der Bekennung der völkischen Zugehörigkeit gehalten werden sollten. Die Volkszählung verfolgt den Zweck, ein unrichtiges Bild von der Zahl der Minderheiten zu geben, und sie vermeidet zu diesem Zweck die Frage wegen der Muttersprache, wofür die völkische Abstammung angegeben werden soll. Die Volkszählungskommissäre, die die Fragebogen ausstellen, haben dabei das Recht, Glossen über die Angaben einzutragen, und auf Grund dieser Bemerkungen wird dann das Statistische Amt die nationale Abstammung, eventuell im Gegensatz zur Angabe des Gezählten bestimmen. Da die Formulare rumänisch sind und rumänisch beantwortet werden müssen, haben die Minderheiten, die der rumänischen Sprache nicht mächtig sind, keine Möglichkeit einer Kontrolle darüber, ob die Daten entsprechend ihrer Aussage eingetragen wurden.

„Ere Nouwelle" schreibt vom 19. Mai 1927 unter dem Titel «*Le recensement en Roumanie*» Folgendes: La Grande Roumanie, pour prouver sa grandeur et justifier la place qu'elle brigue parmi les grandes nations, procède à un vaste receusement de sa population. Par recensement, on doit entendre une action administrative destinée à faire disparaître des milliers et des milliers d'individus dont l'unique crime est de ne pas sentir en Roumain, quand le destin les a fixés sur un territoire que les traités ont adjugés à la Roumanie. Un député ukrainien de la Bukovine (ancienne province d'Autriche), vient d'envoyer un telégramme de protestation contre la procédure absolument révoltante des censeurs et des commissaires roumains qui, sans aucun souci du sentiment humain, transforment de braves paysans ukrainiens en citoyens roumains. Tout ceci afin de produire devant le monde une statistique qui prouvera que la Grande Roumanie est très fortement assise au point de vue ethnique et habitée par une majorité écrasante de population roumaine. Or, tout le monde sait que, par exemple, la Transylvanie (Ancienne province de Hongrie) est habitée par des Hongrois, des Allemands et des israélites qui se considèrent comme allemands ou hongrois; en un mot, des minorités ethniques qui forment

les 45% de la population. Or, quand un journaliste hongrois a osé protester contre la méthode de ce recensement qui transforme, par voie administrative, en purs Roumains, des Hongrois israélites ou des Hongrois d'une autre confession (même si ceux-ci n'entendent pas un mot de roumain), le Gouvernement de Bukarest l'a fait arrêter manu militari et l'a déféré, non pas à un tribunal civil, mais à un tribunal militaire. Les journaux osent à peine protester en présence de ce délit flagrant contre la liberté de la presse. Dans le Cuvântul, son redacteur en chef Enacovici a le courage de dénoncer ces procédés honteux: „Pourquoi voulons nous à toute force — écrit-il — démontrer au monde que les Barbusse, les Panait Istrati et les autres avaient raison en affirmant qu'en Roumanie règne la terreur blanche? Et le Lupta, pe son côté, demande si, après de pareils procédés, les Hongrois ne seront pas dans leur droit en disant que les Roumains ont terrorisé les minorités ethniques afin de leur faire abjurer leur nationalité. D'autres journaux annoncent qu'ils vont saisir de l'affaire la Ligue des Droits de l'Homme et la Société des Nations.

Nous comprenons ces inquiétudes d'une presse roumaine qui craint que l'opinion de l'Europe ne se forme d'après des méthodes aussi odieuses et abusives. Il serait peut-être utile de s'en souvenir tout prochainement, à l'occasion de la fête nationale roumaine, qui sera célébrée avec un éclat particulier à cause du cinquantenaire de la guerre de l'indépendance de la Roumanie, quand celle-ci, avec l'aide des puissances alliées, a réussi de se libérer d'une oppression qu'à son tour, elle cherche à exercer brutalement, quoique, déjà cinquante ans auparavant, les grandes puissances, en échange de cette indépendance, exigèrent la sauvegarde des droits des minorités que, par les traités de minorités de l'après-guerre, elles ont continué à exiger.

H. Videlly.

„Das Deutsche Tageblatt" schreibt vom 19. Mai 1927 unter dem Titel «*Volkszählung in Rumänien*» Folgendes: Aus Klausenburg (Siebenbürgen) wird uns geschrieben: Bei den Parteiorganisationen der nationalen Minderheiten laufen täglich unzählige Beschwerden ein über die Uebergriffe, die im Laufe der „Volkszählung" durch die behördlichen Organe verübt worden sind. Deutsche und Ungarn, die sich in gemischtsprachigen Gemeinden nicht zum Rumänen bekennen wollten, wurden

schwer misshandelt und mit schweren Geldstrafen bedroht. So mit wurde die Bevölkerungstatistik Siebenbürgens, des Banats, in der Bukowina, Bessarabien und der Dobrudscha durch die gemeinsten Drohungen und behördliche Willkür ungefähr mit ein bis einerhalb Millionen zugunsten des Rumänentums amtlich gefälscht. Die Forderung der Führer der nationalen Minderheiten, in jedem Komitat (bzw. Kreishauptmannschaft) einen Nationalitäten-Kataster aufzulegen, wurde unter den gröbsten Drohungen abgelehnt. Es sind sogar Abgeordnete und Senatoren der Minderheitsparteien als „Rumänen" gezählt worden!

Durch diese neue gefälschte Bevölkerungsstatistik soll vor dem Völkerbunde der Beweis erbracht werden, dass die dort eingebrachten Beschwerden der Minderheitsvölker Rumäniens „übertrieben und vollkommen unbegründet" sind.

Das Blatt **„Germania"** schreibt am 20. Mai 1927 unter dem Titel »*Wie man aus Schwaben — Franzosen machen will*« folgendes: Bei der rumänichen Volkszählung, die am rumänischen Ostersonntag vorgenommen wurde und auf die noch ausführlicher zurückzukommen sein wird, sobald die ersten amtlichen Daten bekanntgeworden sind, ging es in den angeschlossenen Gebieten nicht immer ganz einwandfrei vor, da man rumänischerseits das begreifliche Bestreben bekundet, die Anzahl der Minderheiten möglichst herabzudrücken. Um die Zahl der Deutschen zu vermindern, kam der Gemeindegewaltige in der reinschwäbischen Gemeinde Triebswetter auf den Einfall, die schwäbischen Einwohner trotz ihres Protestes als — Franzosen einzutragen, mit der fadenscheinigen Begründung, dass die Vorfahren der Triebswetterer Franzosen gewesen seien. Es ist allerdings richtig, dass bei der Kolonisierung des schwäbischen Banats in Triebswetter einige Franzosen aus dem Elsass angesiedelt wurden; diese erwiesen sich aber als sehr wenig widerstandsfähig gegen die Unbilden des Klimas und starben in grossen Scharen. Die Überlebenden wurden aber im Laufe der zwei Jahrhunderte völlig eingedeutscht, so dass die Bezeichnung der Triebswetter Schwaben als Franzosen als ein übler Scherz bezeichnet werden müsste, wenn er nicht gegen die Belange der deutschen Minderheit in Rumänien gerichtet wäre. Die Deutsche Parlamentspartei hat übrigens Schritte unternommen, dass die Fälschungen wieder rückgängig gemacht werden.

Das Blatt **„Tägliche Rundschau"** schreibt am 29. Mai 1927 unter dem Titel *„Rumänien und seine Volkszählung"* folgendes: In der Freitagversammlung der Ligen für Völkerbund wurde der Öffentlichkeit ein höchst merkwürdiges Bild über die Minderheitenverhältnisse in Grossrumänien gegeben. Die Vertreter der Minderheiten konnten nicht genug klagen, während die Regierungsvertreter nicht genug des Ruhmes hatten. Man weiss, dass es den Minderheiten in Rumänien nicht gut geht, obwohl in der letzten Zeit Schritte zur Verbesserung der Lage unternommen wurden.

Am peinlichsten ist es den Rumänen, dass ihr Staat durchaus kein Nationalstaat ist, sondern 32 v. H. Fremdsprachige zu seinen Bürgern zählt. Statt aus dem Schicksal Russlands, Ungarns und Österreichs etwas zu lernen, werden gleiche Methoden angewendet; so wird vor allem die Volkszählung möglichst beeinflusst, um den Prozentsatz nach Möglichkeit zu verringern. Wie das gemacht wird, mögen folgende Zeilen beweisen:

Die der Bevölkerung vorgelegten Fragebogen sind nur in rumänischer Sprache verfasst und können nur in rumänischer Sprache ausgefüllt werden, was natürlich zur Folge hat, dass sich die Minderheitsbevölkerung der Vermittlung der die Volkszählung durchführenden Regierungsorgane bedienen muss und nicht in der Lage ist, die Eintragungen der Zählungskommissäre nachzuprüfen. Selbst unter normalen Zuständen würde ein solches Vorgehen zu weitgehenden Missbräuchen und zu einer Verfälschung der Bevölkerungstatistik Gelegenheit geben, im vorliegenden Falle wird die Sache noch viel gefährlicher, da die in allen statistischen Nachweisen übliche Frage nach der Muttersprache vollständig fehlt und an ihrer Stelle eine absichtlich unklar gehaltene Frage nach der volklichen Abstammung zu beantworten ist. Die Aufnahme dieser eigentümlichen Spalte, die offen der Stärkung des Rumänentums dienen soll, ist nur durch die Bevölkerungsverhältnisse Neu-Rumäniens zu erklären. Viele von den Juden in der Bukowina und in Siebenbürgen hätten eine Frage nach der Muttersprache mit einem Bekenntnis zum Deutschtum oder zum Ungarntum beantwortet, — ob dies den Deutschen oder Ungarn besonders angenehm ist, sei dahingestellt —, während bei der gegenwärtigen Fragestellung für die Juden ein rassenmässiges Sonderbekenntnis zwangsläufig vorgeschrieben ist. Eine in den bereits westeuropäisch assimilierten jüdischen

Kreisen eingeleitete Aktion, die trotz der Volkszählungsvorschriften die Beantwortung der Abstammungsfrage in ungarischem oder deutschem Sinne befürwortete, wurde durch drakonische Vergeltungsmassregeln unterdrückt.

Ausser den Juden kommen für die Volkszählungsergebnisse in erster Linie verschiedene ungarische Bevölkerungsgruppen in Betracht, die trotz ihrer rein ungarischen Abstammung alttestamentarischen Glaubensvorschriften huldigen oder aber griechisch-orientalischen Konfession sind. Diese Glaubensgruppen sollen einfach den Juden oder den Rumänen zugeteilt werden, da — wie der rumänische Staatssekretär für Minderheitsangelegenheiten offen erklärt hat, „jeder zwar seine Stammesangehörigkeit nach eigenem Ermessen angeben kann, die die Behörden aber in jedem Falle nachprüfen werden, ob die Angabe auch tatsächlich der Wirklichkeit entspräche." Die endgültige Feststellung der volklichen Zugehörigkeit ist dadurch vollkommen der Willkür der staatlichen Organe überlassen.

Ueberaus bezeichnend ist, dass die Abstammungskontrolle und die behördliche Abänderung der Eintragungen nur in solchen Fällen vorgeschrieben ist, in denen es sich um Angehörige von Minderheitsvölkern handelt. Wo sich ein Jude als Rumäne bezeichnet, ist — nach der Erklärung des Staatssekretärs für Minderheitsangelegenheiten — eine Nachprüfung nicht zulässig. Auch bei als rumänisch angegebenen Familien, die nachweisbar griechischen, bulgarischen, deutschen, ungarischen oder russischen Ursprungs sind — und dazu gehören nicht nur viele leitende Politiker und Minister, sondern selbst die Dynastie Bratianu, die griechischer Abstammung ist —, ist die Eintragung rechtsgültig. Nur bei Deutschen, Ungarn oder Russen, hinsichtlich deren Abstammung eine Korrektur zugunsten des Staatsvolkes und auf Kosten der betreffenden Minderheitsgruppe möglich war, waren der Willkür der Behörden alle Tore geöffnet.

Ob Rumänien mit dieser Volkszählung seine Ziele erreichen wird, ist sehr fraglich.

UNION INTERNATIONALE DES ASSOCIATIONS POUR LA SOCIÉTÉ DES NATIONS

XI. Assemblée plénière (1927)

PROTECTION DES MINORITÉS

PROJET D'UN CODE DE PROCÉDURE

adopté par la Commission mixte de l'Union, en sa séance du 30 septembre 1926, à Salzbourg.

1. Considérant que la protection efficace des Minorités de race, de religion ou de langue est indispensable pour assurer et maintenir la paix dans le monde,

que cette protection est la contre-partie du devoir de loyauté qui incombe à ces Minorités envers les Etats dont leurs membres sont les ressortissants;

2. Considérant que la Société des Nations trouve dans sa haute mission la protection des Minorités et qu'en reconnaissance de ce rôle, le Conseil de la Société des Nations a, par des résolutions spéciales, accepté la garantie de cette protection;

3. Considérant que, d'une part, la procédure actuelle sur la matière ne constitue pas une garantie suffisante de la protection des Minorités;

que, d'autre part, sans une réglementation suffisante de la procédure, les dispositions assurant la protection des Minorités ne sauraient être efficaces;

4. Considérant qu'il est désirable que les Etats qui ne sont liés vis-à-vis de la Société des Nations par aucune obligation légale en ce qui concerne les Minorités, observent cependant, dans le traitement de leurs Minorités de race, de religion ou de langue, au moins le même degré de justice et de tolérance que celui qui est exigé par les traités et selon l'action permanente du Conseil (vœu adopté par la troisième Assemblée de la Société des Nations);

constatant que le projet de procédure accepté par la X^me^ Assemblée de l'Union, à Aberystwyth, se borne à coordonner les normes actuellement en vigueur et que ce projet ne peut, pour cette raison, donner satisfaction pleine et entière aux revendications qui tendent à obtenir l'établissement d'une procédure vraiment apte à garantir la protection des droits des Minorités,

la XI[me] Assemblée de l'Union Internationale des Associations pour la Société des Nations a l'honneur de recommander à la Société des Nations l'acceptation du projet suivant de procédure concernant la protection des Minorités de race, de religion ou de langue.

Dispositions préliminaires.

Article Premier.

1. Les obligations d'un Etat relatives aux Minorités de race, de religion ou de langue vivant sur son territoire peuvent découler:

a) d'un traité conclu par cet Etat;

b) d'une déclaration faite par cet Etat à la Société des Nations et reconnue par le Conseil.

Art. 2. La Société des Nations, sous la garantie de laquelle sont placées les obligations relatives à la protection des Minorités, est appelée à prêter secours contre toute infraction ou danger d'infraction à ces obligations.

Art. 3. 1. L'organe de la Société des Nations chargé d'assurer cette protection est le Conseil.

La Cour Permanente de Justice Internationale aura à intervenir dans les questions de Minorités dans les cas cités aux art. 25, 35 et 36 ci-dessous.

2. Le Président du Conseil désigne, en vue de réaliser les dispositions de ce code, un Comité du Conseil (désigné ci-dessous sous le nom de Comité des Trois). Le Comité sera composé de trois membres du Conseil, choisis par le Président. L'un des trois membres sera le Président lui-même, à moins qu'il ne soit disqualifié en vertu du paragraphe suivant:

3. Aucun membre du Comité des Trois ne pourra être le national de l'Etat intéressé.

Art. 4. 1. Le Conseil s'efforcera d'obtenir un règlement amiable des contestations de Minorités, par le moyen de communications bienveillantes et officieuses adressées aux parties intéressées.

2. Au cas où une contestation relative à une Minorité surgirait entre Etats liés par une convention de conciliation ou d'arbitrage, le Conseil attirera l'attention des Etats intéressés sur l'opportunité de recourir à la procédure prévue par cette Convention.

Art. 5. Le Conseil est saisi valablement d'une infraction ou danger d'infraction aux obligations relatives à la protection des Minorités:

1. Quand un membre du Conseil attire sur celle-ci l'attention du Conseil;

2. Quand une pétition est présentée conformément au présent Code.

Ouverture de la procédure.

quand l'initiative est prise par un membre du Conseil.

Art. 6. 1. Tout membre du Conseil a le droit d'attirer l'attention de celui-ci sur une infraction ou un danger d'infraction aux traités ou déclarations concernant la protection des Minorités. Il est désirable que le membre du Conseil qui a attiré l'attention de celui-ci, présente en même temps un mémoire détaillé.

2. Une copie du mémoire sera envoyée à l'Etat intéressé.

3. L'Etat intéressé sera invité à faire ses observations et à communiquer toutes les pièces à l'appui dans un délai convenable à déterminer par le Président du Conseil. Des copies de tous les documents ainsi communiqués seront envoyées à chaque membre de la Société des Nations.

Art. 7. Le Comité des Trois instruira l'affaire et fera rapport au Conseil par l'organe d'un rapporteur, membre du Comité et que celui-ci aura désigné.

Art. 8. La faculté de saisir le Conseil de la Société des Nations pour la protection des Minorités appartient:

a) à tous les membres de la Société des Nations;

b) à toute association ou corporation appartenant à la Minorité en question;

c) à tout organe public et à toute société ayant résidence dans les Etats intéressés, ainsi qu'à tout organe international qui s'occupent, d'après leurs statuts, des questions de Minorités.

Le Conseil peut attribuer le même effet juridique à toute autre pétition.

Art. 9. La pétition doit être signée par le pétitionnaire.

Elle contiendra:

a) l'indication de l'Etat et de la Minorité intéressés;

b) l'indication du droit lésé ou menacé;

c) l'exposé des faits constituant le fondement de la pétition;

d) les documents et preuves y relatifs.

Art. 10. Pour être soumises à cette procédure, les pétitions:

a) doivent avoir pour objet la protection des Minorités;

b) ne doivent pas être présentées sous la forme d'une

demande de rupture des liens politiques entre la Minorité en question et l'Etat dont elle fait partie;

c) ne doivent pas émaner d'une source anonyme ou mal établie;

d) doivent contenir des informations, ou signaler des faits qui n'ont pas récemment fait l'objet d'une pétition soumise à cette procédure;

e) doivent être rédigées sans violence de langage.

Le Secrétaire Général en communique copie avec tous les documents et pièces à l'appui y relatifs à l'Etat intéressé.

Art. 11. Le Président du Conseil décide de la recevabilité de la pétition; s'il conclut à l'irrecevabilité, ou si l'Etat intéressé conteste la recevabilité, la question sera décidée par le Conseil, qui décidera à la simple majorité des voix, sans compter dans ce calcul la voix de l'Etat intéressé.

L'exception d'irrecevabilité devra être opposée au plus tard dans le mémoire que l'Etat intéressé enverra en réponse à la communication de la pétition.

Art. 12. L'Etat intéressé dispose d'un délai de deux mois pour transmettre ses observations. Ce délai peut être prolongé par le Conseil, si l'Etat intéressé le demande et si les circonstances semblent le rendre nécessaire.

Les observations de l'Etat intéressé seront communiquées au pétitionnaire qui aura, à son tour, le droit de faire sa réplique dans un délai approprié, fixé par le Président. L'Etat intéressé pourra répondre par une duplique dans un délai fixé par le Président.

Art. 12*a*. Des copies de tous les documents ainsi communiqués seront envoyées à chaque membre de la Société des Nations.

Art. 13. La pétition et les autres documents seront examinés par le Comité des Trois, qui fera un rapport au Conseil. Dans les cas urgents, une session extraordinaire du Conseil sera convoquée. Le rapport du Conseil sera fait par le rapporteur du Comité des Trois.

Procédure quant au fond.

Art. 14. Le rapporteur priera le Secrétaire Général d'inviter les parties intéressées à leur faire connaître leur agent.

Art. 15. Les agents pourront prendre connaissance des dossiers relatifs à l'affaire et se faire délivrer copie de tous do-

cuments, faire des déclarations et des observations et formuler leurs conclusions.

Art. 16. Le rapporteur du Comité des Trois fait rapport au Conseil et propose éventuellement le mode des preuves à administrer. Le Conseil décide sur cette proposition à la majorité des voix; la voix de l'Etat intéressé ne compte pas dans le calcul de cette majorité.

Art. 17. L'administration des preuves comprend notamment l'examen de tous documents concernant l'affaire, l'audition de témoins, la désignation et l'audition d'experts, l'enquête sur place et toutes autres mesures que le Conseil jugera aptes à fixer la situation de fait et à éclairer les questions de droit.

Art. 18. Les témoins seront tenus de dire la vérité; les experts seront tenus de donner leur avis en conscience, intégralement et sans réticences. Les témoins prêteront serment ou feront une déclaration solennelle conformément aux lois de leur Etat.

Art. 19. L'enquête sur place ne pourra avoir lieu qu'avec le consentement de l'Etat intéressé.

Le Conseil peut nommer une „Commission spéciale" pour procéder à l'enquête sur place.

La composition de cette Commission est laissée à la souveraine appréciation du Conseil. Néanmoins, les ressortissants de l'Etat intéressé ne pourront en faire partie.

Art. 20. La Commission d'enquête sur place prendra toutes mesures qu'elle jugera utiles; les agents seront dûment appelés.

Les agents auront le droit de faire leurs observations et pourront faire poser aux témoins et experts les questions qu'ils jugeront utiles.

Art. 21. L'administration des preuves sera terminée dans le plus bref délai et, en tous cas, dans les six mois à partir de la date à laquelle le Conseil a été saisi de l'affaire.

Ce délai pourra être prolongé par le Conseil en cas de circonstances spéciales.

Art. 22. L'administration des preuves terminée, le rapporteur fera rapport en séance publique. Les agents des parties intéressées doivent être dûment appelés.

Art. 23. Le rapport étant fait, le Président donnera aux agents la parole pour présenter leurs observations et formuler leurs conclusions.

Art. 24. En tout état de la cause, le Conseil peut ordonner

une administration complémentaire de preuves, ou des explications supplémentaires, ou toutes autres mesures d'instruction. Il entend, le cas échéant, les témoins et les experts.

Art. 25. En tout état de la cause, le Conseil a la faculté de demander l'avis consultatif de la Cour sur tout point du différend. Il en a l'obligation s'il n'est pas unanime, sur une question de droit ou sur une question de fait.

En tout état de cause, le Conseil, à la majorité des voix, sans compter la voix de l'Etat intéressé, a la faculté d'indiquer quelles mesures conservatoires doivent être prises à titre provisoire.

Art. 27. La séance du Conseil sera publique, à moins que le Conseil n'ordonne le huis-clos.

Le Conseil peut en tout état de cause ordonner la publication de la cause avec tous faits pertinents et pièces justificatives.

Art. 28. La prosécution de la procédure ne préjudicie pas au droit du Président du Conseil — agissant du consentement de la majorité des membres du Conseil, non compris la voix de l'Etat intéressé — de faire aux agents des communications officieuses et bienveillantes à l'effet de concilier les parties.

Art. 29. L'instruction étant terminée, le Conseil s'efforce avant tout d'obtenir un règlement amiable entre les intéressés.

En cas d'échec de cette tentative, le Conseil prendra la décision finale à la majorité des voix, la voix de l'Etat intéressé ne comptant pas.

Art. 30. Le règlement amiable ou la décision du Conseil sont définitifs.

Les parties intéressées sont tenues de s'y conformer de bonne foi.

Le Conseil veillera à l'exécution et prendra, à cet effet, le cas échéant, toutes dispositions utiles.

Art. 31. Une copie du procès-verbal du règlement amiable ou de la décision du Conseil est adressée aux intéressés par les soins du Secrétaire Général.

Le réglement amiable ou la décision seront toujours publiés par le Conseil.

Art. 32. La procédure concernant un cas déjà examiné ne pourra être reprise que s'il y a survenance d'un fait nouveau inconnu à la date de la dernière séance publique.

L'existence et la pertinence du fait nouveau sont résolues par le Conseil de la Sosiété des Nations statuant à la simple

majorité des voix, celle de l'Etat intéressé n'étant pas comptée dans le calcul de cette majorité.

Art. 33. L'exception de la chose jugée n'est pas opposable s'il s'agit d'un fait postérieur à toute décision intervenue, même si celle-ci avait eu pour objet des violations de même nature, ou de nature analogue.

Art. 34. Ni la présentation d'une pétition, ni la déposition ou l'intervention en qualité de témoin ou d'expert, ni la fonction d'agent, ni aucune intervention à titre quelconque, ne pourront être considérées comme un acte de déloyauté envers l'Etat intéressé.

Les personnes ainsi intervenues ne pourront, à l'occasion de ces actes, être l'objet d'une procédure civile, répressive ou disciplinaire quelconque, à moins que le Conseil ne décide que ces personnes ont gravement violé le devoir imposé par l'art. 18

Procédure judiciaire.

Art. 35. La Cour Permanente de Justice Internationale rend un avis consultatif en matière de minorités dans les cas prévus à l'article 25.

Art. 36. La Cour Permanente de Justice Internationale rend une décision en matière de Minorités :

a) dans les cas prévus par les traités en vigueur ;

b) au cas où les Etats lui défèrent d'un commun accord l'affaire aux fins de décision.

Dispositions finales.

Art. 37. Le rapport annuel sur l'oeuvre du Conseil de la Société des Nations à l'Assemblée de la Société des Nations contiendra une liste de toutes les interventions du Conseil en mentionnant pour chaque cas :

1. la date de la présentation de l'écrit ou de la pétition ;
2. l'indication de l'auteur de l'écrit ou de la pétition ;
3. l'objet de la demande ;
4. la date et le dispositif de la décision sur la recevabilité ;
5. les mesures conservatoires éventuellement prises par le Conseil ;
6. éventuellement, l'avis consultatif rendu au cours de la procédure par la Cour Permanente de Justice Internationale ;
7. la date et le dispositif du règlement amiable, ou de la décision finale rendue soit par le Conseil, soit par la Cour.

Art. 38. Les Etats peuvent stipuler que tout différend concernant une infraction ou un danger d'infraction au statut minoritaire sera déféré à un collège d'arbitres, ou à tout organisme ou tribunal international autre que la Cour Permanente de Justice Internationale.

Art. 39. Les mauvais traitements infligés à une minorité de race, de langue ou de religion, en faveur de laquelle il n'existe pas de traités ou de déclaration spéciale de la nature de celles mentionnées à l'article premier de ce Code, ne peuvent faire l'objet n'une action intentée en vertu du présent Code; mais si de mauvais traitements sont portés à sa connaisance, le Conseil se réserve de faire des représentations amicales à l'Etat intéressé.

Art. 40. Les dispositions du présent Code n'apportent pas de restriction à l'art. 11 du Pacte.

Von der Union der Völkerbundliga.

Eigene Völkerbundvereine der Ungarn in den losgetrennten Gebieten.

Am 24. Mai wurde in Berlin die Tagung des Weltverbandes der Völkerbundligen im Beisein der Vertreter von 24 Nationen eröffnet.

Der Vorsitzende der deutschen Gruppe, Graf Bernstorff, sagte in seiner Begrüssungsansprache, der Völkerbund könne seine grosse Aufgabe nur erfüllen, wenn in ihm eine völlige Gleichberechtigung aller Staaten besteht. Reichskanzler Dr. Marx hielt eine Rede, in der er sagte, in der Wahl der Hauptstadt Deutschlands als Tagungsort erblicke er ein bedeutungsvolles Zeichen für den grundlegenden Wandel, der sich in den Beziehungen Deutschlands zu anderen Nationen vollzogen hat. Diese erfreuliche Entwicklung sei nur möglich durch eine deutscherseits verfolgte Politik der Verständigung, die auf Vertrauen und nicht auf die Macht der Kanonen gebaut ist.

In der Sitzung des Minderheitenausschusses meldete der Präsident der ungarischen Delegation Julius Pekár die Tatsache an, dass die Ungarn Rumäniens und Jugoslaviens ihre eigenen Völkerbundvereine begründet haben und ersuchte die Delegierten der neuen ungarischen Vereine schon anlässlich des bevorstehenden Kongresses an den Sitzungen teilzunehmen. Zu dieser Anmeldung Julius Pekárs sprach der Führer der rumänischen Delegation, Senator Pangrei, der erklärte, dass er von

der Gründung des ungarischen Vereins offiziell wohl noch nicht verständigt wurde, dass er aber im Sinne seiner früheren Erklärung, den ungarischen Verein mit der grössten Freude begrüsse. Der Ausschuss nahm die Anmeldung der ungarischen Delegation einstimmig zur Kenntnis. Infolgedessen steht dem Ungartum Siebenbürgens der Weg zur Völkerbundliga nach acht Jahren endlich frei und das Ungartum aller drei Gebiete wird daher endlich eine vollberechtigte Vertretung vor einem Forum der internationalen Öffentlichkeit erhalten.

Die Sensation der Sitzung brachte die Debatte über die Lage der Deutschen in Südtirol. Die Grundlage für die Aussprache bildeten die Referate zweier englischer und einer holländischen Delegierten, Sir Willy Dickinsons und Sir Walter Napiers sowie Frau Bakkers. Diese Berichte bauten sich auf persönlichen Untersuchungen auf, die die drei Berichterstatter in Südtirol vorgenommen hatten. Frau Bakker, die sich vor allem über die Frage des deutschen Unterrichts verbreitete, stellte fest, dass den deutschen Eltern verboten wird, ihren eigenen Kindern im eigenen Hause in deutscher Sprache Unterricht zu erteilen.

Es kam bei dieser Gelegenheit zu einem interessanten Zwischenfall. Der italienische Delegierte ruft dazwischen: „Nicht wahr!" Darauf Madame Bakker: „Mein Herr, wenn Sie es verlangen, dann zeige ich Ihnen aus meinen Papieren die Niederschrift über eine Unterredung, die ich mit dem obersten Beamten der Provinz Bozen gehabt habe und deren Richtigkeit er mir bestätigt hat. In dieser Unterredung hat der Präfekt zugegeben, dass der Privatunterricht verboten sei". Frau Bakker erklärte weiter, es habe sie besonders bewegt, von einfachen Leuten den Ausdruck „Katakombenschule" zu hören. Das spreche doch dafür, dass die Leute ihr Volkstum in demselben instinktiven Sinne als ihr Heiligstes verteidigen, wie das die ersten Christen getan haben.

Die Rednerin wendet sich in bewegten Worten an die italienischen Delegierten und forderte sie auf, sich selbst an Ort und Stelle von der Wahrheit ihrer Berichte zu überzeugen.

Für die italienische Völkerbundsliga ergriff Herr Villari das Wort. Er fand wenig Zustimmung, als er erklärte, dass die Ligen nicht gut daran täten, über diese „interne Angelegenheit Italiens" zu verhandeln. Sir Walter Napier widersprach gründlich sowohl der allgemeinen These der Nichtzuständigkeit, wie auch der Behauptung, das verstockte Verhalten der deutschen Bevölkerung habe die Italiener zu ihrem Vorgehen gezwungen. Am Beispiel der deutsch-dänischen Verständigung in Schulfragen, welche eine Folge des taktvollen Eingreifens der Minderheitenkommission der Union der Völkerbundligen gewesen sei, wies er nach, dass die italienische Behauptung, durch die Beschäftigung mit diesen Fragen würde nur der Friede gestört, falsch

sei. Er wies darauf hin, dass er sich mit eigenen Augen von den Leiden der Deutsch-Südtiroler überzeugt habe, und drückte die Erwartung aus, dass der „ruhmreiche italienische Staat sich eines grösseren Liberalismus in Zukunft den Deutsch-Südtirolern gegenüber befleissigen möge".

KONGRESS DER ORGANISIERTEN NATIONALEN GRUPPEN IN DEN STAATEN EUROPAS.

Die Solidarität der europäischen Minderheitsgruppen.

Auf Einladung der Minderheitsvertreter am 11. Kongresse des Weltverbandes der Völkerbundgesellschaften in Berlin fand im Hotel Esplanade von zahlreichen Kongress-Delegierten und Pressevertretern besuchter Nachmittags-Tee statt.

Anwesend waren Sir Dickinson, Bernstorff, Prof. Ruyssen, Frau Bakker, Dumfan u. w. W. Martin (Journal de Genève), der Vertreter der Times, die Redakteure der Berliner Blätter u. s. w.

Als erster Redner ergriff der bekannte Präsident der europäischen Nationalenkongresse, der slowenische Abgeordnete im italienischen Parlament, Dr. Wilfan, das Wort. Nach einigen Worten des Dankes sowohl für die deutsche Gastfreundschaft als auch für die Erschienenen gab er folgende bemerkenswerte Erklärungen ab: Er erinnerte an die Solidarität der Führer von 35 Minderheitsgruppen, ca. 40 Millionen Menschen umfassend, die in so erfreulicher Weise auf den bisherigen Nationalitätenkongressen in Erscheinung getreten seien, und die auch bei der heutigen Zusammenkunft, an der ja die allerverschiedensten Minderheitsgruppen beteiligt seien, zum Ausdruck komme. Diese Solidarität, so führte er aus, gründet sich vor allem auf dem Grundsatz, dass eine jede Nationalität in jedem Staat das Recht auf ihre nationalkulturelle Entwicklungsfreiheit hat In der Verwirklichung dieses Grundsatzes auf friedliche Weise liegt der Zweck und der Inhalt unserer Bewegung. Wenn ich mir jetzt erlaube, den Appell an Sie zu richten und in unseren Bestrebungen zu unterstützen so geschieht das nicht bloss in dem Bewusstsein, dass es sich bei unserer Forderung um natürliches Recht der Menschen und Völker handelt, sondern ich tue das vielmehr auch in der Überzeugung, dass durch die Verletzung des Grundsatzes von der nationalen Toleranz und des Rechtes der Minderheiten auf ihre nationalkulturelle Entwicklungsfreiheit ein Faktum gegeben ist, das die Beziehungen zwischen den Völkern selbst, deren Teile ja nur die im Auslande lebenden Minderheitsgruppen sind, vergiftet. Der Beseitigung dieser wesentlichsten Kriegsursachen gilt die Arbeit unserer europäischen

Nationalitätenbewegung. Dr. Wilfan schloss seine Ausführungen mit der Bitte an die Anwesenden, diese wahrhaft der Verständigung unter den Völkern dienenden Bestrebungen auch ihrerseits zu unterstützen.

Nach Dr. Wilfan ergriffen noch Abgeordneter G. von Szüllő (ungarischer Abgeordneter im tschechoslowakischen Parlament), Abgeordneter Dr. Neumann (deutscher Abgeordneter im polnischen Parlament), und Dr. Margulies (Vertreter der jüdischen Gruppen) das Wort. Sie alle betonten die Solidarität, der europäischen Minderheitsgruppen.

Höchst interessant war die folgende Rede des *Landrates a. d. Naumann:*

Ihre Arbeit gilt nicht nur der oder jener Minderheit, für die Sie sich durch die Not des Tages gerufen, einsetzen. Über den Tag hinaus erhält all Ihr Tatsachenstudium ,Ihre Gedankenarbeit. Ihre Rechtfindung und – das darf ich insbesondere Ihnen meine gnädigste Frau sagen – die Hingabe ihrer Seele, Sinn und Bedeutung als ein ununterbrochener Kampf gegen ein übermächtiges Herrentum, ein Herrentum, das allzu fest verankert in den überkommenen Begriffen vom Wesen des nationalen Staates, den staatsgebundenen völkischen Minderheiten Lebensrecht und Lebensraum weigert. Nur der starke Glaube an die Kraft des neuen Ethos, das Sie für uns aufrichten, wird Sie den Sieg gewinnen lassen. Dabei müssen Sie sich, müssen wir uns sagen, dass die Stabilisierung selbständigen Lebensrechtes den völkischen Minderheiten noch nicht die Schicksalswende bringt. Eine völkische Minderheit kann in insularer Abgegrenztheit nicht Trägerin lebendigen Volkstums bleiben. Soll sie als vollwertiges Glied des Gesamtvolkskörpers fortbestehen, so bedarf sie dauernder, stärkster Befruchtung durch alle die Impulse, die für die kulturelle Fortentwicklung des Gesamtvolkes bestimmend werden.

So genügt es nicht, dass wir das Korrelat zu der unser Gemeinschaftsbedürfnis nicht voll erfüllenden staatlichen Gebundenheit in der Zugehörigkeit zu unserer völkischen Minderheit suchen; vielmehr ist dieses Korrelat die Gebundenheit an die gleichgerichtete Volksgesamtheit, die Eingliederung in die Gesamtvolkskörper. Über die staatlichen Grenzen in aller Freiheit, ohne die Beargwöhnung wegen staatsfeindlicher, irredentistischer Tendenzen den Pulsschlag des staatlich geeinten Muttervolkes suchen und fühlen zu dürfen, mit allen Menschen gleichen Volkstums die grosse Volksgemeinschaft zu bilden und damit einen neuen unentbehrlichen Faktor des Gemeinschaftslebens zu schaffen: das ist das letzte Ziel aller deutschen, und wie ich glaube, schlechthin aller völkischen Minderheiten.

Mag auch dieses Ziel erst in ferner Zukunft erreicht werden, mag es auch nicht allein, die heute der Minderheitenkom-

mission angehören, beschieden sein, uns bis an dieses Ziel zu geleiten: Ihnen bleibt die stolze Genugtuung, dass Sie in nimmermüder entsagungsvoller Pionierarbeit das wuchernde Gestrüpp zur Seite geräumt haben, das erst einmal entfernt sein muss, wenn der Weg trassiert werden soll, auf dem wir dereinst sicheren Fusses dem Endziel zustreben werden. Seien Sie nochmals vom Herzen bedankt für diese Ihre selbstlose hingebungsvolle Arbeit.

BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN.

Das Recht der Minderheiten.

Materialien zur Einführung in das Verständnis des modernen Minoritätenproblems, zusammengestellt und mit Anmerkungen versehen von *Dr. jur. Herbert Kraus,* Prof. der Rechte.
363 Seiten, in Ganzlein. geb. RM 10·—.

Diese Sammlung ist einzigartig durch die Fülle des zusammengetragenen, überaus schwer zugänglichen Stoffes, der sehr übersichtlich zu leichtem, praktischen wie theoretischen Gebrauch geordnet ist. Wo die originalgetreuen Texte nicht selbst gegeben sind, wird mit Hinweisen geholfen, die wegen ihrer Ausführlichkeit in sich wertvoll und manche Zweifelfrage klärend sind. Die Sammlung hat kein auch nur annäherndes Seitenstück. Da die Minderheitenfrage immer bedeutungsvoller und brennender wurde, so ist sie für den Theoretiker, Politiker, Redakteur sowie jeden Studenten und politisch Interressierten nicht zu entbehren.

Chronologisches Verzeichnis der im Werke zum Abdruck gebrachten Urkunden.

I. Erklärung des ersten Russischen Delegierten, Joffe, zu den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk zwischen den Mittelmächten einerseits, Russland anderseits über die dort zu befolgenden Verhandlungsgrundsätze, abgegeben am 22. Dez. 1917.

II. Antworterklärung des Österreich-Ungarischen Delegierten, Grafen Czernin, zu den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk, abgegeben namens der Mittelmächte am 25. Dezember 1917.

III. Entwurf einer Verfassung des Völkerbundes, entworfen von der deutschen Gesellschaft für Völkerrecht, angenommen am 8. Januar 1919.

IV. Der dritte Entwurf des Präsidenten Wilson für die Satzung eines Völkerbundes, im Januar 1919 der Völkerbundskommission der Pariser Friedenskonferenz vorgelegt.

V. Deutsche Regierungsvorschläge für die Errichtung eines Völkerbundes vom 9. Mai 1919.

VI. Bemerkungen der deutschen Friedensdelegation zu den Friedensbedingungen, speziell zum Minoritätenschutz, vom 29. Mai 1919.

VII. Ultimatum der Entente an Deutschland vom 16. Juni 1919.

VIII. Note des Präsidenten Clemenceau an Paderewski betr. Minoritätenschutz in Polen vom 24. Juni 1919.

IX. Vertrag zwischen den A. und A. Hauptmächten und Polen vom 28. Juni 1919.

X. Vertrag von Versailles vom 28. Juni 1919.

XI. Vertrag von St. Germain zwischen den A. und A. Hauptmächten und Österreich vom 10. September 1919.

XII. Vertrag der A. und A. Hauptmächte mit Jugoslavien vom 10. September 1919.

XIII. Vertrag der A. u. A. Hauptmächte mit der Tschecho-Slovakei vom 10. September 1919.

XIV. Vertrag von Neuilly zwischen den A. und A. Mächten und Bulgarien vom 27. November 1919.

XV. Vertrag von Neuilly zwischen Bulgarien und Griechenland über Auswanderung vom 27. November 1919.

XVI. Vertrag zwischen den A. und A. Hauptmächten und Rumänien vom 9. Dezember 1919.

XVII. Vertrag von Trianon zwischen den A. und A. Hauptmächten und Ungarn vom 4. Juni 1920.

XVIII. Vertrag zwischen den A. und A. Hauptmächten und Griechenland vom 10. August 1920.

XIX. Bericht Tittonis an den Völkerbundsrat vom 22. Oktober 1920.

XX. Beschluss des Völkerbundsrats vom 25. Oktober 1920.

XXI. Konvention zwischen der Freien Stadt Danzig und Polen vom 9. November 1920.

Anlage: Warschauer Abkommen zwischen der Freien Stadt Danzig und Polen zur Ausführung und Ergänzung der Konvention vom 9. November 1920, vom 24. Oktober 1921.

XXII. Empfehlung der Völkerbundsversammlung für den Fall der Aufnahme der baltischen, kaukasischen Staaten und Albaniens vom 15. Dezember 1920.

XXIII. Resolution des Völkerbundsrats vom 27. Juni 1921.

XXIV. Finnisch-Schwedische Abmachungen über die Aalandinseln vom 27. Juni 1921.

XXV. Albanische Minoritätenerklärung vom 2. Oktober 1921.

XXVI. Litauische Minoritätenerklärung vom 12. Mai 1922.

XXVII. Deutsch-Polnisches Abkommen über Oberschlesien vom 15. Mai 1922.

XXVIII. Resolution der Bundesversammlung betr. Minoritätenschutz vom 21. September 1922.

XXIX. Griechisch-Türkische Konvention nebst Protokoll betr. den Austausch griechischer und türkischer Bevölkerungsteile vom 30. Januar 1923.

XXX. Lettische Minoritätenerklärung vom 7. Juli 1923.

XXXI. Lausanner Vertrag mit der Türkei vom 24. Juli 1923.

XXXII. Beschlüsse der 21. Konferenz der Interparlamentarischen Union vom 17. August 1923.

XXXIII. Beschluss des Völkerbundsrats vom 5. Sept. 1923.

XXXIV. Estnische Minoritätenerklärung vom 7. Sept. 1923.

Anlage: Estnisches Autonomiegesetz vom 5. Februar 1925 nebst Motivbericht.

XXXV. Beschluss der 4. Völkerbundsversammlung vom 26. September 1923.

XXXVI. Warschauer Vertrag zwischen Polen und der Tschechoslovakei über juristische und finanzielle Angelegenheiten vom 23. April 1925.

XXXVII. Ratsbeschluss vom 10. Juni 1925.

XXXVIII. Rede des ungarischen Delegierten, Grafen Apponyi, vom 14. September 1925.

XXXIX. Beschlüsse der 23. Tagung der Interparlamentarischen Union vom 1—7. Oktober 1925.

XL. Beschlüsse der ersten Genfer Tagung der organisierten nationalen Gruppen in Europa vom 16. Oktober 1925.

XLI. Verhandlungen der 37. Tagung des Völkerbundsrats insbesondere Mello Francos Erklärung vom 9. Dezember 1925.

XLII. Beschlüsse der 10. Tagung des Weltverbandes der Völkerbundsligen vom 3. Juli 1926.

XLIII. Beschlüsse der zweiten Genfer Tagung der organisierten nationalen Gruppen vom 25. bis 26. August 1926.

Anhang.

I. Innerdeutsche Materialien:

1. Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919.
   Anl. A. Anträge des Verbandes der nationalen Minderheiten in Deutschland vom 10. März 1926.
   Anl. B. Äusserungen des Reichsministers des Äusseren zur Minoritätenfrage.
   Anl. C. Antrag Erkelenz und Genossen an den Reichstag vom 19. Februar 1926.
   Anl. D. Eingabe des Deutschen Friedenskartells an den Reichstag vom 19. April 1926.
2. Verfassung des Freistaates Preussen vom 30. Nov. 1920. Art. 73.
3. Preussischer Schulerlass vom 31. Dezember 1918.
4. Nordschleswiger Schulerlass vom 9. Februar 1926.
5. Sächsische Materialien.

II. Die sog. Balfourdeklaration über eine jüdische Heimstätte in Palästina vom 2. November 1917.

III. Rede des japanischen Delegierten, Baron Makino, auf der Pariser Friedenskonferenz über Rassengleichheit.

IV. Aufruf des elsass-lothringischen Heimatbundes an das elsass-lothringische Volk vom 5. Juni 1926.

Director şi redactor răspunzător: Dr. Elemér Jakabffy.
Tipărit: Husvéth şi Hoffer, Lugoj.